1 D 3417 D

türkei infodienst

Nr. 110 ERSCHEINT 14-TÄGIG 17. Juni 1985

Menschenrechte

a) HINRICHTuNGEN

Seit dem 12.09.1980 wurden in der Türkei 50 Menschen hingerichtet (darunter 27 politische Täter).

b) TODESSTRAFEN

13.06 85 M. Kemal Kacaroglu in Ankara
THKP-C Kurtulus

Seit der Ausrufung des Kriegsrechts Ende 1978 wurden in der Türkei 531 Todesstrafen verhängt.

c) ANTRÄGE AUF TODESSTRAFE

Seit dem 12.09.1980 wurde in 6.248 Fällen die Todesstrafe beantragt.

a) PROZESSE

Cumhuriyet vom 30.05.1985

Oktay Akbal machte eine Aussage

Unser Autor Oktay Akbal hat im Zusammenhang mit der Kolumne 'Die Jugend wendet sich an uns' bei der Militärstaatsanwaltschaft von Istanbul eine Aussage gemacht. Die Kolumne war am 21.02.85 erschienen und in der letzten Woche war daraufhin ein Ermittlungsverfahren eingleitet worden. Dem Journalisten wird der Vorwurf gemacht, mit falschen Nachrichten Unruhe in der Bevölkerung gestiftet zu haben.

Cumhuriyet vom 01.06.1985

Keine Strafverfolgung von Oktay Akbal

Die Militärstaatsanwaltschaft von Istanbul hat das Verfahren gegen den Journalisten Oktay Akbal eingestellt. In der Entscheidung heißt es, daß der Artikel vom 21. Februar 1985 keine falschen Meldungen enthalte, die die Bevölkerung in Panik versetzen könnten.

Cumhuriyet vom 30.05.1985

Für 39 Angeklagte werden Strafen zwischen 1 und 25 Jahren gefordert

In dem Verfahren wegen Schmiergelder an dem Grenzübergang Kapikule hat der Militärstaatsanwalt nun sein Plädoyer gehalten. Er forderte vor dem Militärgericht Nr. 4 in Ankara für 39 Angeklagte Strafen zwischen 1 und 25 Jahren. 5 Angeklagte sollen freigesprochen werden. Der Staatsanwalt sagte, daß er bei seiner Strafforderung von einer Verwertung der polizeilichen Geständnisse abgesehen habe. Die Beweise für die Annahme von Schmiergeldern, die bis in das Ministerium für beabsichtigte Beförderungen weitergereicht wurden, seien auch so erbracht worden, meinte er.

Cumhuriyet vom 30.05.1985

4 Haftentlassungen im KIP-Verfahren

Im Verfahren gegen Behcet Cantürk und 26 Freunde wegen Unterstützung der Kurdischen Arbeiterpartei, KIP, wurden nun 4 der Angeklagten durch das Militärgeicht in Ankara aus der Untersuchungshaft entlassen.

Tercüman vom 31.05.1985

5 Jahre für Mehmet Sener

In Basel in der Schweiz ging ein Verfahren wegen Schmuggels von Rauschgift zu Ende, an dem auch Mehmet Sener, der Mittäter von Mehmet Ali Agca, beteiligt war. Sener wird beschuldigt, den Mord an dem Herausgeber der Zeitung Milliyet, Abdi Ipekci, geplant zu haben. Das Auslieferungsgesuch der Türkei wurde aus verschiedenen Gründen zurückgewiesen.
Das Gericht in Basel verurteilte Serif Benli zu 10 Jahren, Mehmet Sener und Nevzat Bilecen zu je 5 Jahren Haft. Nach Verbüßung dieser Haft werden die Verurteilten ausgewiesen werden.

Tercüman vom 31.05.1985

Vural Arikan wurde als Anwalt nicht zugelassen

Vor dem 2. Strafgericht in Istanbul begann der Prozeß gegen den Herausgeber der Zeitschrift Maya, Ünal Yaltirik und den Chefredakteur Mehmet N. Önder wegen Beleidigung des MInisterpräsidenten Turgut Özal. Vor Gericht war der ehemalige Minister für Finanzen und Zoll, Vural Arikan, erschienen, um die Angeklagten als Anwalt zu verteidigen. Das Gericht ließ aber diesen Verteidiger nicht zu, da das Amt nicht mit seinem Posten als Abgeordneten vereinbar sei. Den Hintergrund der Anklage bietet ein Artikel vom November 1984 mit der Überschrift 'Arikan und Folter'. Die Staatsanwaltschaft fordert in diesem Verfahren Strafen bis zu 8 Jahren.

Cumhuriyet vom 31.05.1985

14 Mitglieder der Naksibendi Sekte angeklagt

Vor dem Staatssicherheitsgericht in Ankara begann ein Verfahren gegen 14 vermeintliche Mitglieder der Sekte

der Naksibendi. Die Staatsanwaltschaft fordert wegen Verstoßes gegenden § 163 Strafen zwischen 5 und 8 Jahren. Den Angeklagten wird vorgeworfen, durch Verbidungen zu ausländischen Schulen eine Lehre verfolgt zu haben, die darauf abzielt, eine Staatsordnung nach dem Scheriat zu errichten. Ihre Organisation werde von einer Organisation des Königs Faysal von Saudi-Arabien gesteuert. In den letzten Jahren habe die Organisation versucht, in Parteien wie der MSP und MHP an Einfluß zu gewinnen. Gleichzeitig betrieben sie Propaganda für die Kurden und würden überall schlecht über Atatürk reden.
Der Gutachter der theologischen Fakultät in Ankara, Güney Tümer, wurde durch die Staatsanwaltschaft abgelehnt, weil er in seinem Gutachten zu der Schlußfolgerung gekommen war, daß die Sekte mit ihren Schriften nicht gegen den § 163 verstoßen habe. Dies sei nicht die Aufgabe des Gutachters gewesen, heißt es seitens der Staatsanwaltschaft.

Cumhuriyet vom 31.05.1985

5 Verurteilungen

Vor dem Militärgericht des 9. Armeekorps wurden 5 Personen wegen Zugehörigkeit zu einer illegalen Organisation zu Strafen zwischen 3 und 22 Jahren verurteilt. Ihnen waren verschiedene Aktionen für die entsprechenden Organisationen zur Last gelegt worden.

Cumhuriyet vom 04 06 1985

Yahya Demirel wird wieder als Staatsbürger aufgenommen

Es besteht eine Aussicht für Yahya Demirel, wieder als türkischer Staatsbürger aufgenommen zu werden. Gegen den zur Zeit in der geschlossenen Haftanstalt von Ankara inhaftierten Demirel war ein Verfahren wegen erfundener Möbelexporte eröffnet worden. Da er sich ins Ausland abgesetzt hatte, wurde er schließlich ausgebürgert. Nach seiner Rückkehr wurde er verhaftet und stellte einen Antrag auf Einbürgerung. Dieser Antrag wurde nun durch das Innenministerium positiv beschieden. Sollte sich das Kabinett diesem Entschluß anschließen, so kann Yahya Demirel wieder als Staatsbürger aufgenommen werden.

Cumhuriyet vom 06.06.1985

Die Verfahren gegen PKK und IKDP wurden voneinander getrennt

Die Verfahren wegen der Vorfälle im Südosten wurden vor dem Militärgericht in Diyarbakir fortgeführt. In dem zentralen Verfahren mit 84 Angeklagten sollen nun 9 Angeklagte zusammen mit Verhafteten aus der jüngeren Zeit in einem getrennten Verfahren angeklagt werden. In der Begründung heißt es, daß die Methoden der PKK und der IKDP voneinander abwichen und deshalb eine gesonderte Beurteilung erfolgen müssen.
Während der Verhandlung sagte der Angeklagte Resul Balic, daß er sich nicht an den Überfällen auf Semdinli und Eruh beteiligt habe. Er sei schon vorher aus der Gruppe herausgegangen und habe sich den Sicherheitskräften ergeben.

Cumhuriyet vom 07.06.1985

Verfahren gegen Partizan Yolu

Vor dem Militärgericht Nr. 1 in Istanbul begann ein neues Verfahren gegen 3 Angehörige der Organisation Partizan Yolu. Diese 3 Verdächtigen waren vor einiger Zeit mit Dokumenten der Organisation und gefälschten Dollarnoten verhaftet worden. Sie werden beschludigt, für diese illegale Organisation gearbeitet zu haben.

Cumhuriyet vom 07.06.1985

8 Jahre Haft gefordert

Vor dem Militärgericht in Izmir begann ein Verfahren gegen 7 vermeintliche Angehörige der illegalen TKP. Sie sollen aufgrund von § 141/1-5 mit Haftstrafen von 5 bis 8 Jahren belegt werden. Nach der Aufnahem der Personalien verlas der Militärstaatsanwalt die Anklageschrift.

Cumhuriyet vom 07.06.1985

Das Verfahren wegen der Petition der Intellektuellen

Im Verfahren gegen 59 Unterzeichner der Petition der Intellektuellen wird der Militärstaatsanwalt nun sein Plädoyer halten. Das nun seit 10 Monaten andauernde Verfahren geht damit seinem Ende zu. In dem Verfahren wurden mehr als 100 Zeugen vernommen.

Cumhuriyet vom 07.06.1985

101 Jahr Haftstrafe

Vor dem Strafgericht in Kilis wurde der Angeklagte Ahmet Özdemir zu einer Strafe von 101 Jahren Haft verurteilt. Der Staatsanwalt hatte wegen Schmuggelns mit Rauschgift und der Vergiftung von Hunderten von Jugendlichen die Todesstrafe gegen den Angeklagten gefordert.

Cumhuriyet vom 07.06.1985

Nebenkläger im Erdost-Verfahren: Sükrü Bag gab den Befehl

Nachdem die Urteile im Verfahren wegen des Foltertodes an dem Verleger Ilhan Erdost durch die 5. Kammer des militörischen Kassationsgerichtshofes aufgehoben worden waren, soll nun erneut vor dem Militärgericht in Ankara verhandelt werden. Der Kassationsgerichtshof hatte davon gesprochen, daß das Transportmittel als Beweisstück behandelt werden müsse und deshalb für ein erneutes Verfahren gestimmt. In einer gemeinsamen Schrift meldeten sich nun die Anwälte des Verstorbenen Ilhan Erdost als Nebenkläger. In ihrem Antrag führen sie aus, daß aus den Aussagen der Beschuldigten sowie den Angaben des Bruders des Ermordeten eindeutig hervorgebe, daß der Angeklagte Sükrü Bag den Befehl zum Verprügeln des Geschädigten gegeben habe. Deshlab sei es unwichtig, ob er bei der Durchführung dann vorne in dem Wagen gesessen habe und evtl. die Schläge nicht hören konnte.

Cumhuriyet vom 07.06.1985

Zum 2. Mal Urteil aufgehoben

Die Kammerversammlung des militärischen Kassationsgerichtshofes hat nun ein 2. Mal die Urteile gegen die Führer der Genossenschaft Köy-Koop aufgehoben. Der Vorsitzende Nedim Tarhan und 7 Kollegen waren der Zugehörigkeit zur TKP bezichtigt worden und dafür 2 Mal durch das Militärgericht Nr. 2 in Ankara zu Strafen von 5 bzw. 8 Jahren verurteilt worden. Nachdem die 3. Kammer des Militärkassationsgerichtshofes die Urteile am 20.03.1984 schon einmal aufgehoben hatte, hatte das Militärgericht von Ankara die erstinstanzlichen Urteile noch einmal bestätigt. Nun wird die Kammer noch einmal formell zusammentreten müssen, um über den

Beschluß der Kammerversammlung zu entscheiden.

Cumhuriyet vom 08.06.1985

Das Verfahren wegen der Petition der Intellektuellen

Im Verfahren gegen 59 Unterzeichner der Petition der Intellektuellen hat der Militärstaatsanwalt nun sein Plädoyer gehalten. In seinen Ausführungen betrachtete er die Vorwürfe der Anklagen vom 20.06. und 22.06. 1984 als erwiesen an und beantragte gegen 56 Angeklagte eine Strafe zwischen 3 Monaten und 1 Jahr, weil sie durch das Erstellen eines Flugblattes gegen die Bestimmung 16/1 des Kriegsrechtes (Gesetz Nr. 1402) verstoßen haben.
Außerdem beantragte er ein Strafverfahren gegen den ehemaligen Innenminister Hasan Fehmi Günes und die Künstlerin Ayla Kutlu, die in dem Verfahren als Zeugen vernommen worden waren. Sie sollen mit ihren Aussagen klar gestellt haben, daß sie die gleichen Aktivitäten wie die Angeklagten durchgeführt haben.
Der Journalist Erbil Tusalp von unserer Zeitung beantragte darüber hinaus die Zurücknahme der gesonderten Anklage nach dem § 159. Nach diesem Paragraphen wird er wegen vermeintlicher Beleidigung des Gerichtes mit einer gesonderten Strafen zwischen 1 und 6 Jahren bedroht. Er und sein Anwalt führten aus, daß eine solche Anklage eine Beschneidung der Freiheit der Verteidigung bedeute und das eine unnötige Erschwerung ihrer Position bedeute.

Cumhuriyet vom 12.06.1985

Das Verfahren gegen die Naksibendi hat begonnen

Das Verfahren gegen 14 vermeintliche Angehörige der Sekte der Naksibendi hat vor dem Staatssicherheitsgericht in Ankara begonnen. Nach der Aufnahme der Personalien verlas der Staatsanwalt die Anklageschrift, in der er den Angeklagten Kurdenpropaganda und eine Unterwanderung der MHP und MSP zur Last legt. Gegen die Führer Refik Aydogdu und Ahmet Kahvecioglu fordert er eine Strafe von jeweils 8 Jahren. Die übrigen Angeklagten sollen eine Strafe von jeweils 5 Jahren erhalten. Der Angeklagte Refik Aydogdu sagte in seiner Vernehmung, daß er an den Koran gebunden sei. Er habe keine Verbindungen ins Ausland unterhalten und auch keine Ausbildung durch den Scheich Rasit Erol erhalten. Nachdem er mehrere Male unter Druck gesetzt worden sei, wer ihm die Kenntnisse vermittelt habe, habe er den Namen von Rasit hoca erwähnt. Aber er habe nicht einmal von einer Person solchen Namens Unterricht erhalten. Auch die anderen Angeklagten lehnten die Beschuldigungen ab und sagten, daß sie kein Sektentum betrieben haben. Das Verfahren wurde auf einen anderen Tag vertagt.

Cumhuriyet vom 12 06.1985

Türkes war seit 1983 das erste Mal wieder vor Gericht

Der ehemalige Vorsitzende der aufgelösten MHP, Alpaslan Türkes war seit Mai 1983 nun das erste Mal wieder in dem Verfahren gegen die MHP und Idealistenvereine erschienen. Er hatte sich seit Mai 1983 in einem Militärkrankenhaus in Behandlung befunden und war am 9. April dieses Jahres aus der Haft entlassen worden. Bei Gericht brachte er vor, daß behauptet worden sei, er habe einen Brief von Mehmet Ali Agca aus Italien bekommen. Er bat das Gericht, diese Behauptung richtig zu stellen.

Cumhuriyet vom 13.06.1985

3 Monate Haft für Samet Arslan

In einem Verfahren in Roermond in den Niederlanden wurde Samet Arslan in einem dreistündigen Verfahren wegen unerlaubten Waffenbesitzes und Führen eines gefälschten Passes zu einer dreimonatigen Haftstrafe verurteilt.
Samet Arslan war am 14. Mai 1985 mit einer Waffe gefaßt worden, die mit ihrer Seriennummer unmittelbar auf die Waffe folgt, die Agca bei seinem Attentat auf den Papst verwendet hat. Samet Arslan sagte zu den Vorwürfen selber wenig. Es habe weder einen besonderen Grund für seine Einreise noch für das Tragen der Waffe gegeben. Andere Fragezeichen ergeben sich dadurch, daß in seinem Paß Einreisen in die DDR und Jordanien verzeichnet sind.
Es besteht nun die Möglichkeit, daß Italien oder die Türkei ein Auslieferungsgesuch stellen werden. Nach seiner Haftverbüßung könnte Samet Arslan aber auch einen Asylantrag in den Niederlanden stellen.

Cumhuriyet vom 13.06.1985

Das THKP-C Kurtulus Verfahren ging zu Ende

Das seit 4 Jahren andauernde Verfahren gegen 41 Angehörige der illegalen Organisation THKP-C Kurtulus vor dem Militärgericht Nr. 1 in Ankara ging nun zu Ende. Der Hauptangeklagte Mustafa Kemal Kacaroglu wurde zum Tode verurteilt. Das Gericht fand auch keinen Grund für eine Strafmilderung nach dem § 59, da er keine Reue für seine Taten empfinde. 17 weitere Angeklagte wurden wegen Organisationszugehörigkeit mit Strafen zwischen 3 und 5 Jahren belegt. 19 Angeklagte wurden freigesprochen und bei 3 Angeklagten wurde das Verfahren zurückgewiesen, das Verfahren für einen Angeklagten wurde an das Dev-Yol Verfahren von Ankara mit 709 Angeklagten angeschlossen.

e) VERHAFTUNGEN, MORDE ...

Tercüman vom 31.05.1985

An der Grenze wurde noch ein Bandir getötet

Zwei Räuber, die in der Provinz Mardin im Kreis Idil versuchten, die Grenze zu überqueren, wurden durch die Sicherheitskräfte gestellt. Bei der sich entspannenden bewaffneten Auseinandersetzung wurde ein Bandit tot, der andere verletzt festgenommen.

Cumhuriyet vom 07.06.1985

12 Organisationsmitglieder verhaftet

Bei Operationen, die von den Sicherheitskräften am 16. Mai begonnen wurden, konnten 9 Mitglieder von einer illegalen Organisation, sowie weitere drei Personen, die als Mitglieder einer illegalen Organisation gesucht werden, in Izmir und Umgebung verhaftet werden.

Tercüman vom 11.06.1985

Weitere drei Gefallene

Bei einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Angehörigen einer separatistischen Bande und den Sicherheitskräften in den hügeligen Gebieten der Provinz Siirt wurden am 07.06.1985 ein Hauptmann, ein Feldwebel und ein Soldat getötet. Von den Räubern wurde einer gesund und drei tot festgenommen.

Demokratisierung

Cumhuriyet vom 01.06.1985

Akbulut: Wir halten Kontakt mit den Nachbarn für eine Offensive

Der Innenminister Yildirim Akbulut ist für verschiedene Untersuchungen gestern nach Van gekommen. In einem Gespräch mit Journalisten sagte er, daß man gegen die separatistischen Banden mit der nötigen Härte vorgehe. Man habe auch Kontakt zu den Nachbarländern, um bei entsprechender Gelegenheit eine Offensive im Grenzland durchführen zu können. Er selber schätze die Aktivitäten als nicht vorausberechenbar ein. Man habe aber das Gebiet mit entsprechenden Einheiten ausgestattet, die bei jedem Vorfall sofort eingreifen könnten.

Tercüman vom 06.06.1985

Die Verfahren werden schnell abgehandelt

Die Revision der Strafprozeßordnung wurde im Amtsblatt veröffentlicht und dadurch rechtskräftig. Durch dieses Gesetz bekommen die Staatsanwalte nun auch die Kompetenz bei Ermittlungsverfahren im Endstadium zu entscheiden, ob ein Verfahren eröffnet werden soll oder nicht. Dadurch werden zusätzliche Verfahren vermieden die offesichtlich mit Freispruch enden würden. Die Staatsanwälte können außerdem alle 30 Tage eine Überprüfung der Haft durch den Haftrichter verlangen. Dadurch können die Gerichte nun in jeder Verhandlung über die Fortdauer der Haft entscheiden. Ein Verdächtiger darf nach der Gesetesinitiative nicht länger als 24 Stunden festgehalten werden, falls nicht ein schriftlicher Befehl des Haftrichters oder des Staatsanwaltes vorliegt.

Cumhuriyet vom 06.06 1985

Canver: Hat die Polizei das Recht zu foltern ?

Der Abgeordnete der Populistischen Partei, Cüneyt Canver, hat in einer Anfrage beim Innenministerium die Frage gestellt, ob die Polizei das Recht habe, Verdächtige zu mißhandeln. Er machte auf den Fall eines Bürgers aufmerksam, der im Kreis Osmaniye in der Provinz beim Führen eines Mopeds ohne Auspuff erwischt worden war. Die Polizei hatte ihn anschliessend so sehr geschlagen, daß er ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte und ihm dort die Milz entfernt wurde.

Cumhuriyet vom 06.06.1985

Das Kriegsrecht besteht in 17 Provinzen weiter

Das Parlament hat die Empfehlung des Sicherheitsrates angenommen, nach der vom 19. Juli an das Kriegsrecht in 17 von 23 Provinzen andauern soll. In den anderen 6 Provinzen wird der Notstand eingeführt. Bei weiteren 12 Provinzen mit Notstand soll in 6 Provinzen dieser Zustand aufgehoben werden. Bei der parlamentarischen Debatte gab der Innenminister Akbulut an, daß zwischen dem 19.03.85 und dem 04.06.85 116 Vorfälle passiert seien, es seien 68 Personen getötet worden und 68 Personen verhaftet worden. Von der illegalen Linken seien 623 Militante verhaftet worden, von den Separatisten 124 und von den Idealisten 12 Personen.

Cumhuriyet vom 07 0 61985

Die SODE hängt Plakata auf, Dalan nimmt sie wieder ab

Der Oberbrügermeister von Istanbul, Bedrettin Dalan (ANAP), hat angeordnet, daß die Plakate der SODEP, die die Kundgebung für Sonntag nkündigen, wieder entfernt werden. Als Begründung gab er an, daß schon vor längerer Zeit im Einvernehmen mit den Kreisvorsitzenden ein Bes hluß gefaßt worden sei, daß keine Stoffspruchbänder aufgehängt werden sollen, weil durch sie die Schönheit zerstört werde. Dies werde auch für kommerzielle Zwecke angewandt, sagte er. Vertreter der SODEP äußerten den Verdacht, daß Dalan einen Befehl von oben erhalten habe und damit nun das verbriefte Recht einer Partei behindern wolle.

Cumhuriyet vom 07.06.1985

Cindoruk erläuterte die neue Strategie der DYP

Die führenden Gremien der Partei des Rechten Weges, DYP, haben sich zum ersten Mal getroffen. Aus diesem Anlaß hielt der neu gewählte Vorsitzende der Partei, Hüsamettin Cindoruk eine Rede, in der darauf einging, daß die Türkei derezit ein Durcheinander rlebe, d ssen Tiefe nicht so recht verstanden werde. Im Land seien die politischen Gruppierunge, wissenschaftliche und Berufsgruppen, sowie die Gewerkschaften zerschlagen worden. Die Opposition sei zerstreut, ohne Wirkung und still. Die Regierung wiederum habe vor einem offenen Regime und der Demokratie Angst.

Cumhuriyet vom 10.06 1985

Kundgebung der SODEP

Die Provinzo ganis tion der SODEP ha auf dem Platz von Sarachane eine Kundgebung gegen erteuerung und Arbeitslosigkeit und für Demokratie durchgefü rt. Der Zugang zu dem Kundgebungs latz war von der Polizei durch ein Doppelspalier hermetisch abgeriegelt. Alle Besucher wurden einer Leibesvisitation unterzogen. Unter de uniformierten Polizisten fielen solche Personen auf, die eine Kamera um den Ha s trugen. Auf Nachfrage wurde mitgeteilt, daß di s ei allen politis hen Veranstaltungen gemacht werde.
Die Kundgebungsleitung machte wiederholt darauf aufmerksam, daß niemand Parolen rufen solle, die n cht durch die Kriegsrechtskommandantur genehmigt worden waren. Die Provinzorganisation der SODEP hatte insgesamt 64 Parolen genehmigen lassen. Man konnte sehen, daß die Polizei einige Personen verhaftete, die Parolen wie 'Es lebe der 1. Mai', 'Nieder mit dem Faschismus' 'Schulter an Schulter gegen den Faschismus' gerufen hatten.
Der Vorsi zende der S DEP, rdal Inönü ging in sein r Rede auf die wir schaftliche und politische La e des Landes ein u d forderte von de Regierung ein sofortige Amnestie Man werde sich nie an eine unvollkommene Demokratie gewöhnen, sagte er und fügte hinzu, daß Ministerpräsident Özal Angst vor inem reiheitlichen System habe.

Cumhuriyet vom 11 06.1985

Özals Sicht der Menschenrechte

In einem Interview des Ministerpräsidenten Turgut Özal mit der Zeitung International Herald ribune, ie eine Sonderbeil ge Türkei herausgegeben hat, hat Özal gesagt, daß man unter Menschenrechten die Rechte der schweigenden Mehrheit erfassen müsse und nicht die Rechte

einer Handvoll Leute, die alles selber machen wollten. Er erinnerte an die Zeit vor dem 12. September und sagte, daß das Vo k nun glücklich sei,weil niemand mehr Angst haben brauche,wenn er auf die Straße gehe. Auf eine Amnestie angesprochen sagte er, daß man noch in diesem Sommer mit der Ausarbeitung eines solchen Gesetzes beginnen werde. Es gebe aber keine Möglichkeit, solche Leute zu amnestieren, die eine Straftat gegen den Staat begangen haben. Das verbiete das Grundgesetz. Aus diesem Grunde habe man ein Gesetz eintwickelt, daß jenen, die ihre Taten bereuen, die Möglichkeit gibt, Strafmilderung zu erreichen.
Er wurde sodann auf seine Äußerung bei dem USA-Besuch angesprochen. Dort hat er gesagt, daß es in der Türkei keine politischen Gefangenen gibt. Es seien alle Terroristen. Seine Antwort darauf war:
"In den USA ist die kommunistische Partei nicht verboten. Dort erhalten Kommunisten aber keine öffentlichen Ämter und Staatsberufe. In der Türkei wiederum ist der Kommunismus per Gesetz verboten. Falls jemand Kommunismuspropaganda betreibt, wird er verurteilt. Die DISK-Mitglieder werden unter dieser Beschuldigung angeklagt. Auch die Friedensvereinigung steht unter diesem Vorwurf. ... Es gibt Situationen, in denen man sich als Sozialdemokrat ausgibt, aber in Wirklichkeit ein Kommunist ist. Nehmen wir z.B. einmal die DISK. Die DISK hat den Kommunisten finanzielle Hilfe zukommen lassen. Aber darüber haben die Gerichte zu entscheiden."

Cumhuriyet vom 13.06.1985

Hasan Cemal: Ein wenig Ernsthaftigkeit ...

In seiner gewohnten Art hat Ministerpräsident Turgut Özal auf die Vorwürfe nach seinem Interview mit der Zeitung Intenational Herald Tribune reagiert. Er meine, daß es sich um einen Übersetzungsfehler handele, sagte er. Unsere englischsprechenden Leser können sich selber davon überzeugen, daß unsere Zeitung bei der Übertragung aus dem Englischen keinen Fehler gemacht hat. Dabei wurde das Interview direkt in der englischen Sprache geführt. Anwesend waren Außenminister Vahit Halefoglu und der Berater Selim Egeli. Das Interview wurde auf Band aufgezeichnet und nach Paris gesandt. Wie also soll hier ein Übersetzungsfehler gemacht worden sein.
Zudem ist in dem Beispiel von Ministerpräsident Özal, er habe nicht gesagt, daß DISK Kommunisten finanziert habe, sondern eine Reihe von anarchistischen Bewegungen finanziert habe, keine Korrektur seiner Aussage zu sehen. Nach wie vor bleibt der Tatbestand bestehen, daß eine Person versucht hat, in laufende Verfahren einzugreifen. Zudem macht nicht einma der Staatsanw lt in dem DISK- erfah en den Vorwurf, daß DISK Finanzmittel für i le al Organisationen zur Verfügug gestellt habe.

Cumhuriyet vom 13.06.1985

Herald Tribune: I⁻ dem ⁻ext ist kein Fehler enthalten

In einer Erklärung der Nachrichtenzentrale von International Herald Tribune in Paris wurde unterdessen klargestellt, daß es sich bei dem Abdruck des Interviews mit Ministerpräsident Turgut Özal nicht um einen Übersetzungsfehler handeln könne. Das Interview sei von den Journalisten Mustafa R. Gürsel und Uli Schmetzer durchgeführt worden und man könne beiden voll vertrauen.
In einem Interview mit dem Staatsminister Mesut Yilmaz sagte dieser zu Journalisten, daß er bei dem Interview nicht dabei gewesen sei. Erst später habe Turgut Özal ihm gesagt, daß es wohl einen Ubertragungsfehler gegeben habe. Özal habe aber genau das sagen wollen, was er immer sage, die Mitglieder der Friedensvereinigung werden nicht wegen ihrer Ansichten, sondern wegen ihrer Verbindung zur terroristischen Aktivitäten angeklagt. Auf die Bemerkung des Reporters daß die Mitglieder des Friedensvereins gar nicht wegen terroristischer Aktivitäten angeklagt sind, meinte der Staatsminister, er solle einmal in die Anklageschrift schauen, dort finde sich das wieder
Unterdessen haben sich viele Juristen und betroffene Angeklagte gemeldet und in scharfer Form gegen den Eingriff von Özal protestiert.

DAS POLIZEIGSETZ

Zur Zeit der Redaktion des türkei-infodienstes dauert die Diskussion um den Gesetzesentwurf, der die Kompetenzen der Polizei um ein Erhebliches erweitern soll, im Parlament der Türkei an. Dieses Gesetz hat sich mittlerweile zu einem ernsthaften Prüfstein für die politischen Gruppierungen in der Türkei entwickelt. Zum ersten Mal setzt die Oppisition von der sozialdemokratischen Seite alles daran, um ein Gesetz wirklich zu behindern. In der Debatte am 14.06.85 sagte der Vorsitzende der Populitischen Partei, Necdet Calp, daß man unter Umständen sogar einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung stellen werde, um das vorschnelle Abstimmen über dieses Gesetz zu verhindern. Die HP hat außerdem weit mehr als 100 Änderungsanträge eingereicht und will die Zahl noch auf 300 steigern, damit das Gesetz nicht mehr vor der Sommerpause, die am 18.06.85 beginnen soll, verabschiedet werden kann.

Diese Gesetzesinitiative reiht sich ein, in eine Reihe von neuen Gesetzen der Ozal-Regierung, mit der nach den Worten der Opposition ein Polizeistaat geschaffen werden soll. Özal selber hat das Polizei damit begründet, daß nach der Ablösung des Kriegsrechtes weiterhin die Möglichkeit bestehen muß, daß die Sicherheitskräfte schnell und hart zugreifen können. Ansonsten fürchte er, daß das Kriegsrecht noch auf lange Zeit gelten werde.

In der Öffentlichkeit stark umstritten war zunächst schon einmal das *Gesetz der Reue* (man könnte es auch Kronzeugengesetz nennen). Ohne große Schwierigkeiten war es durch das Parlament gegangen. Staatspräsident Kenan Evren hatte sodann ein Veto eingelegt. Dieses Veto hatte er damit begründet, daß Straffreiheit für Täter nicht möglich sei, selbst wenn sie noch vor Beginn der Ermittlungen geständig seien. Er hatte auch für diese Personen eine gestaffelte Bestrafung gefordert. Sowohl der Rechtsausschuß als auch die Vollversammlung des Parlamentes hatte aber auf der ursprünglichen Form beharrt. Nur in einem Punkt war eine Veränderung akzeptiert worden und zwar sollten auch solche Personen erfaßt werden, die nach Veröffentlichung des Gesetzes für das Ergreifen von illegalen Gruppen Informationen lieferten.
Diese Änderung hätte Evren noch einmal die Möglichkeit gegeben, ein Veto einzulegen, er parafierte nun aber das Gesetz und ließ es im Amtsblatt veröffentlichen, so daß es nun eine Gültgikeit von 2 Jahren haben wird. (Cumhuriyet vom 12.06.1985)

Am 03.06.1985 meldet Cumhuriyet, daß 30 Abgeordnete der ANAP auch gegen das Polizeigesetz in der vorliegenden Form stimmen werden. Insbesondere wird kritisiert, daß die Polizei nach Gutdünken Telefone abhören darf und selbständig eine Briefkontrolle durchführen kann. Die Abgeordneten der HP haben unterdessen angekündigt, daß sie bei einer Verabschiedung des Gesetzes das Verfassungsgericht anrufen werden.

Nachdem Cumhuriyet am 05.06.85 über eine Fraktionssitzung der ANAP berichtet hat, in der kontrovers über das Gesetz diskutiert wurde, erscheint am 06.06.85 eine Meldung, die über die Sitzung des Rechtsausschusses berichtet. Dort wurde die Zeit der vorläufigen Haft bei Verdächtigen auf 24 Stunden reduziert und das Abhören von Telefone und Briefkontrolle soll nur auf Anordnung des Staatsanwalts durchgeführt werden können. Die Abstimmung über den Gesetzesentwurf fiel mit 9:9 Stimmen sehr knapp aus. Es mußte damit die Stimme des Vorsitzenden für eine Akzeptanz entscheiden. Der Vorsitzende meinte noch in einem Kommentar, daß die Telefone sowieso abgehört werden und sich damit eine bestehende Situation nur bestätigt habe.

Die Äußerung des EG-Vertreters in Ankara Gwen Morgan, daß eine Verabschiedung des Gesetzes zu einem niederschmetternden Schlag gegen die Beziehung der EG zur Türkei führen werde, bringt noch einmal eine Steigerung in der Diskussion mit sich. Özal bezeichnet diese Worte als Frechheit und Einmischung in die inneren Angelegenheiten (man erinnert sich vielleicht daran, daß auch Fellermaier von ernsthaften Schwierigkeiten mit Europa bei Verabschiebung des Gesetzes gesprochen hatte). In diesem Zusammenhang wird wieder einmal die Presse beschuldigt, daß sie mit solchen Nachrichten 'übler Absicht' versuche, die Regierung in einer schwierige Lage zu bringen. Indirekt unterstellt er, daß insbesondere Cumhuriyet nicht wahrheitsgemäß berichtet habe.

Am 11.06.85 wird dann gemeldet, daß auf Anordnung von Özal bei der Debatte über das Gesetz nun schon ein Schritt zurück gemacht wurde. An 2 Stellen hat die ANAP auf Geheiß ihres Vorsitzenden Änderungen eingebracht. Demnach darf die Polizei nicht einfach Personen verhaften, von denen sie den Eindruck hat, daß sie Straftaten begehen könnten. Außerdem wird das Abhören von Telefonen und die Briefkontrolle der Anrdnung eines Richters unterstellt.

Am 12.06.1985 beginnt das Durcheinander im Parlament. Die ANAP-Abgeordneten rechnen damit, daß das Gesetz noch am gleichen Tage verabschiedet wird, und das Parlament sich sodann in den Urlaub entläßt. Da Staatspräsident Kenan Evren in Rumänien weilt, hat Parlamentspräsdident Necmettin Karaduman gleichzeitig seine Vertretung übernommen. Theoretisch wäre er in der Lage, das Gesetz noch am gleichen Tage zu unterzeichnen.
Trotz dieser Lage eröffnet er die parlamentaritsche Sitzung. Erst als er auf die Zwiespalt in seinen zwei Positionen hingewiesen wird, entspinnt sich eine Diskussion, in deren Verlauf Karaduman nicht auf den Parlamentsvorsitz verzichten möchte. Nachdem verschiedene Proteste zu Unterbrechungen geführt haben, läßt Karaduman schließlich über sein Recht auf Verhandlungsführung abstimmen und erhält mit den Stimmen der ANAP dieses Recht zugesprochen. Er läßt dann aber die Sitzung von einem ANAP-Abgeordneten weiterführen. Zu einem weiteren Eklat kommt es, als die vorgeschlagenen Bewerber für den Posten des stellvertretenden Parlamentspräsidenten von der ANAP abgewiesen werden. Die HP-Mitglieder im Parlamentsvorstand legen daraufhin ihre Ämter nieder. Noch bevor es dann endlich abends gegen 15.30 Uhr in die Debatte um das Polizeigesetz geht, stimmen die ANAP-Abgeordneten dafür, daß dieses Gesetz noch vor der Sommerpause verabschiedet werden soll und die Sommerpause dann so um den 18.06.85 beginnen soll.

Auch in den nächsten Tagen geht es im Parlament wieder hoch her. Beschimpfungen der einzelnen Abgeordneten und unmittelbare Angriffe aufeinander finden statt. Für Erregung der Gemüter sorgt auch die Bemerkung des HP-Abgeordneten Canver, der ironisch der Abstimmung beipflichtet und sagt, daß man nur schnell das Gesetz verabschieden solle. Anschließend stünden dann die Hinrichtungen auf der Tagesordnung und man solle sich mit der Hinrichtung der jungen Leute doch auch beeilen. Eine andere Äußerung von einem HP-Abgeordneten, der bei der Interpretation des Begriffes allgemeine Moral darauf verweist, daß die Polizei später auch Özal festnehmen könne, wenn dieser mit seiner geliebten Frau Hand in Hand durch die Straßen gehe, stößt ebenfalls auf erregte Emotionen auf Seiten der ANAP.

Es ist derzeit nicht abzuschätzen, wie die Debatte weitergehen wird. Es sind jedenfalls keine Anzeichen dafür vorhanden, daß die Fronten sich mildern könnten.

Internationale Beziehungen

Cumhuriyet vom 30.05.1985

Die Militärhilfe der Bundesrepublik wird erhöht

Die Verhandlungen über die militärische Zusammenarbeit zwischen der Türkei und der Bundesrepublik haben gestern begonnen. Die Verhandlungen werden von der deutschen Seite vom Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Dr. Lothar Ruhl, und von der türkischen Seite vom General Hüsnü Celenkler geführt. Bei den Gesprächen hat die türkische Delegation erneut ihrer Forderung Ausdruck gegeben, die deutsche Militärhilfe zu erhöhen.
Es wird mitgeteilt, daß die türkische Seite noch einmal ihren Vorschlag zur gemeinsamen Produktion der Leopard-2-Panzer in der Türkei zur Sprache brachte, aber die Schwierigkeiten bei diesem Problem nicht aus dem Weg geräumt werden konnten. Die Özal-Regierung schlägt vor, die Panzer gemeinsam in der Türkei zu produzieren und dann im Nahen Osten zu vertreiben. Allerdings lehnt die Bundesregierung diesen Vorschlag mit der Begründung ab, daß auf Deutschland patentierte Panzer nur an NATO-Länder verkauft werden dürfen.

Cumhuriyet vom 08.06.1985

Ein tödlicher Schlag für die EG-Beziehungen

Der Vertreter der EG in Ankara, Gwyn Morgan, gab seiner Sorge Ausdruck, daß die Özal-Regierung ein neues Gesetz zu den Pflichten und Befugnissen der Polizei ausgearbeitet habe. Morgan sagte: *"Wenn diese Gesetzesvorlage verabschiedet werden sollte, dann hieße das ein tödlicher Vorschlag für die Beziehungen der EG zur Türkei."*

Cumhuriyet vom 13.06.1985

Die KWU zieht sich aus der KKW-Auschreibung

Die deutsche KWU teilte mit, daß sie die erforderlichen Kredite nicht bekommen werde und deshalb sich aus der KKW-Auschreibung zurückziehe.Die KWU teilt in ihrem an das Ministerium für Energie und Bodenschätze gerichteten Brief mit, daß sie das KKW Akkuyu-2 in Mersin nach der Formel "Baue, leite, verkaufe" nicht übernehmen

Neue Zürcher Zeitung, 12.6.1985:

Rege Aktivität türkischer Parteien

Profilierungsversuche der «Partei des wahren Weges»

C-I. Ankara, Ende Mai

Beim Parteitag der «Partei des wahren Weges» (DYP) ist Mitte Mai Husameddin Cindoruk zum neuen Vorsitzenden gewählt worden. Dieser als gefügig und wenig eigenständig geltende Politiker konnte vor allem auf Betreiben Suleiman Demirels, des früheren Führers der aufgelösten Gerechtigkeitspartei, deren Nachfolge die DYP angetreten hat, durchdringen. Demirel arbeitet offensichtlich auf eine neue politische Karriere nach der künftigen Aufhebung des Bannes gegen die alten türkischen Parteiführer hin. Vorderhand entlastet dies Ministerpräsident Turgut Özal, dem auf diese Weise ein möglicher Konkurrent vom Halse gehalten wurde.

Hoffnung Demirels auf neue Karriere

Demirel, der zweimal von den Militärs seines Amtes als Regierungschef enthoben wurde, beruft sich immer noch auf seine angebliche Legitimität als ein «vom Volke gewählter Politiker». Die DYP, die als Erbin seiner *«Gerechtigkeitspartei»* und somit auch als Nachfolgeorganisation der aufgelösten Demokratischen Partei des 1961 hingerichteten Ex-Premiers Adnan Menderes auftritt, wurde von Demirel angewiesen, sich in erster Linie für eine Rehabilitierung der Politiker einzusetzen, denen laut einer Klausel der 1982 verabschiedeten Verfassung für zehn Jahre jede öffentliche Tätigkeit untersagt ist.

Von den drei im Parlament vertretenen Formationen hat wohl nur die Mutterlandspartei, das heisst Özals Regierungspartei, Chancen, die nächsten allgemeinen Wahlen mit Erfolg zu überstehen. Die beiden anderen Organisationen – die national-konservative *«Partei für nationale Demokratie»* des Ex-Generals Sunalp und die angeblich sozial-demokratische *«Populistische Partei»* des Bürokraten Necdet Calp – wurden bekanntlich 1980 nach Auflösung der bisherigen Parteien auf Anregung der Militärs künstlich ins Leben gerufen; im März 1984 schnitten sie bei den ersten Kommunalwahlen nach der Militärintervention schon sehr schlecht ab. Zu den im Parlament nicht vertretenen Parteien gehört neben der konservativen DYP auch die *«Partei für soziale Demokratie»* (Sodep), mit dem Physikprofessor *Erdal Inönü*, dem Sohn des verstorbenen Staatsmannes Ismet Inönü, als Vorsitzendem. An der Spitze der DYP stand bis Mitte Mai ein politisch unbeschriebenes Blatt: Dr. *Yildirim Avci* war Mitglied der Kommission, die die neue Verfassung ausarbeitete, und somit für die Militärs akzeptabel. Avci hatte die undankbare Aufgabe, als reines Aushängeschild die DYP in die Fusstapfen der Gerechtigkeitspartei zu lenken und um die Sympathien von deren ehemaliger Wählerschaft zu werben. Weil er das zu offensichtlich tat, drohten ihm mehrere Male Gerichtsverfahren.

Avci hatte auf dem DYP-Parteitag vom 14. Mai sein Amt zur Verfügung zu stellen und sich zusammen mit dem Rivalen Mehmet Yazar, dem ehemaligen Vorsitzenden der Union der Handels- und Industriekammern der Türkei, zu einer nach aller Voraussicht erfolglosen Wahl zu stellen. Den Sieg gegen die beiden trug Demirels Kandidat davon, der Rechtsanwalt *Husameddin Cindoruk*, der DYP-Vorsitzender in der Provinz Istanbul gewesen war und zuvor dieses Amt auch in der Gerechtigkeitspartei innegehabt hatte. In früheren Jahren hatte er mehrmals die Partei gewechselt, war Chef der Jugendorganisation der Demokratischen Partei von Menderes gewesen und hatte später im Streit um die politische Rehabilitierung des 1961 verurteilten Ex-Präsidenten Celal Bayar auch gegen den damaligen Ministerpräsidenten Demirel Stellung bezogen. Demirel soll die Kandidatur Cindoruks trotzdem gefördert haben, weil er einen gefügigen Politiker von kleinem Kaliber wünschte, der ihm nicht über den Kopf wachsen sollte und zurücktreten würde, wenn mit der Aufhebung des 10-Jahr-Bannes Demirels Stunde wieder schlagen sollte. In *Yazar* witterte Demirel nach Ansicht von Anhängern des Unterlegenen einen gefährlichen Rivalen, der möglicherweise die Rehabilitierung des Ex-Politikers hintertreiben würde. Yazar, der wie Özal als ein Vertreter liberaler Wirtschaftspolitik gilt, hätte indessen als Parteichef so viel Ansehen gewinnen können, dass er dem Ministerpräsidenten auf dessen bevorzugtem Tätigkeitsfeld der ökonomischen Gesundungsprogramme sein Amt hätte streitig machen können.

Patriarchalische Praktiken

Demirels grosser Einfluss auf den DYP-Parteikongress darf nicht erstaunen, obgleich die Mehrzahl der gegen 900 Delegierten mit der Absicht in Ankara eintraf, Yazar den Vorzug zu geben. Jeder Delegierte musste im Hause Demirels in der Hauptstadt vorsprechen, wo ihm klipp und klar gesagt wurde, wie er sich bei der Wahl des Parteivorsitzenden zu verhalten habe. Von einer Wahl eines *«Parteiführers»* war keine Rede, denn der «Führer» ist Demirel. Kommentatoren meinten, die angeblich demokratische DYP-Partei habe so ihr wahres patriarchalisches Gesicht offenbart. Dazu passt, dass die Delegierten am Parteitag im Chor «Es lebe Suleiman der Prächtige» jubelten, eine deutliche Anspielung auf Demirel.

Özal in gefestigter Position

Ministerpräsident Özal dürfte mit dem Ausgang des DYP-Parteitags zufrieden sein. Mit Mehmet Yazar ist ihm der erste ernsthafte Widersacher auf der innenpolitischen Bühne erspart geblieben. Es wird angenommen, dass eine DYP unter Führung Yazars Zulauf von vielen unabhängigen Parlamentariern, einigen Mitgliedern der Parlamentsfraktion der Regierungspartei sowie von Abgeordneten von Sunalps Partei für nationale Demokratie gefunden hätte. Von der Linken droht Özal momentan keine Gefahr, denn sie ist gespalten. Die für den 18. August angesagte Bildung einer *«Demokratischen Linkspartei»* (Desop) unter Frau Bülent Ecevit dürfte die Zersplitterung nur noch akzentuieren. Özal seinerseits hat seine Stellung in der Mutterlandspartei unterdessen gefestigt, indem er die Sympathisanten des als Faschist geltenden Obersten *Alpaslan Türkesch*, des früheren Führers der aufgelösten Nationalen Aktionspartei, aus ihren Schlüsselpositionen in der Regierungspartei ausbootete, so etwa Halil Schivgin. Dagegen hat der Ministerpräsident Anhänger *Necmettin Erbakans*, des einstigen Chefs der aufgelösten fundamentalistischen Heilspartei, in der Parteihierarchie gefördert. Özal fühlt sich offenbar so sicher, dass er sich mit dem Gedanken tragen soll, frühzeitig, noch vor den 1988 fälligen allgemeinen Wahlen, das Tätigkeitsverbot gegen die alte Politikergarde aufheben zu lassen.

Neue Zürcher Zeitung, 9./10.6.1985:

Die Türkei als Mittler zwischen Ost und West

NZZ 9./10.6.'85

Tauwetter in den Beziehungen zu Israel?

C-I. Ankara, Ende Mai

Der türkische Ministerpräsident *Özal* ist gegenwärtig äusserst bestrebt, sein Land als Bindeglied zwischen Orient und Okzident, als Brücke zwischen der islamischen und der westlichen Welt zu präsentieren und so die Türkei insbesondere für die *amerikanische Aussenpolitik* attraktiv zu machen.

Verständnis für Khomeiny und Ghadhafi

In dieser Rolle eines Mittlers zwischen Ost und West plädiert Özal beispielsweise für Geduld mit dem Regime des Ayatollah Khomeiny: Als Alternative zu dessen Herrschaft sei realistischerweise weder auf ein demokratisches noch auf eine Rückkehr zum monarchischen System zu hoffen; als wahrscheinlichste Alternative drohe jedoch der Kommunismus. Laut Özal soll die iranische *Bevölkerung* heute hinter Khomeiny stehen. Eine Politik der Einkreisung und Isolierung Irans sei verfehlt. Özal bietet sich als *Vermittler* an: Die Türkei sei das einzige Land, welches zu *beiden Kriegsparteien* am Golf gute Beziehungen unterhalte. Für konkrete Friedensvorschläge müsse jedoch erst noch ein geeigneter Zeitpunkt abgewartet werden.

Auch gegenüber *Libyen* scheint sich Özal zum Mittler berufen zu fühlen. Beschwichtigend meint er, Ghadhafis Äusserungen dürfe man nicht zum Nennwert nehmen, und im übrigen sei er bereit, sich dafür einzusetzen, dass der libysche Staatschef seine Haltung gegenüber dem Westen und insbesondere den Vereinigten Staaten mässige. Doch fürs erste erlitten die Türken selbst eine *Schlappe* in ihren Beziehungen zu Libyen: Ein Besuch von Ghadhafis Stellvertreter *Jalloud* in Ankara wurde kurzfristig abgesagt. Man vermutet, dass dabei auf der türkischen Seite Äusserungen des Untersekretärs im Pentagon, *Perle*, das gute Verhältnis zwischen Ankara und Tripolis verursache in Washington Missbehagen, eine Rolle spielten. Die *Wirtschaftsbeziehungen* mit Libyen haben für Ankara *einigen Stellenwert*: Libyen liefert zwar sein *Öl* zu Opec-Preisen; doch ohne die *Risiken* in der Golfregion, welche den Öltransport aus Iran und dem Irak verteuern, kann das libysche Öl letztlich doch zu einem relativ niedrigen *Preis* bezogen werden.

Der Islam als Brücke zu den arabischen Staaten?

Özal ging bisher offenbar davon aus, dass die Berufung auf den Islam die Beziehungen zu den arabischen Staaten verbessern könne. Doch dies hat sich, bis jetzt zumindest, weitgehend als *Illusion* erwiesen. Vielleicht ist da noch die Erinnerung an das *Osmanische Reich* wach. Zudem mag distanzierend wirken, dass die Türkische Republik seit der Aufhebung des Kalifats und der Trennung von Moschee und Staat ein säkuläres Staatswesen ist. Und schliesslich ist es den Arabern zweifellos ein Dorn im Auge, dass die Türkei diplomatische Beziehungen – wenn auch in minimalem Umfang – mit Israel unterhält.

Umstrittene Fühlungnahmen

Özal hat während seines vor einigen Wochen erfolgten Aufenthalts in Washington (vorerst geheimgehaltene) Gespräche mit der «jüdischen Lobby» geführt, und Aussenminister *Halefoglu* ist mit dem *israelischen Botschafter* in Washington zusammengetroffen. Als Antwort auf die heftige Kritik an diesen Kontakten in der türkischen Presse sowie vor allem in Linkskreisen der Türkei hiess es aus dem Büro des Ministerpräsidenten, dass dieser ja auch Vertreter der «griechischen Lobby» sowie den orthodoxen Erzbischof *Yakovos* getroffen habe, dem man die türkische Staatsangehörigkeit wegen «staatsfeindlicher Umtriebe» entzogen habe. Die Kreise um Özal geben vor, dass die amerikanischen Gesprächspartner um diese Kontakte mit jüdischen und israelischen Persönlichkeiten «ersucht» hätten. Doch gut informierte Beobachter in Ankara wollen wissen, dass ein bedeutender türkischer Geschäftsmann jüdischer Abstammung, *Jacques Kamhi*, den Auftrag erhalten habe, diese Begegnungen vorzubereiten. Wohl nicht ganz unwichtig für das Verständnis dieses sich ankündigenden «Tauwetters» in den türkisch-israelischen Beziehungen ist der Hinweis auf ein Geschehen, in welchem sich die Handlungen und Interessen Israels und der Türkei tangierten: es ereignete sich während der israelischen Intervention im Libanon, als die Israeli die *armenische Terrororganisation Asala*, die sich in Beirut eingenistet hatte, von dort vertrieb und der Regierung in Ankara Mitgliederlisten zukommen liess.

Die bis anhin sehr distanzierten türkisch-israelischen Beziehungen sind ebenso ein «Erbstück» aus der Militärregierung wie der «unabhängige Staat» Nordzypern. Israel scheint gegenwärtig noch keine Aufwertung der diplomatischen Beziehungen zu erwarten, möchte jedoch pragmatisch mit einer Vertiefung der *wirtschaftlichen Zusammenarbeit* beginnen. Zu der von der Türkei angestrebten Rolle eines Mittlers zwischen der islamischen und der westlichen Welt äussert Jerusalem keine Bedenken. Und umgekehrt schreibt selbst das islamisch eingestellte und wegen seiner antizionistischen Haltung bekannte Massenblatt «Tercüman», dass die Türkei in ihrer Aussenpolitik allein die Wahrung ihrer eigenen *Interessen* zur Maxime machen solle. Bisher hätten diese Interessen eine Distanzierung von Jerusalem erfordert; wenn die Interessenlage heute anders liege, seien die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Weder die Vereinigten Staaten noch die Araber hätten das Recht, der Türkei Vorschriften zu machen.

Zögernde Antwort auf amerikanische Wünsche

Dieses vorsichtige Abwägen der Interessen zeigte sich ganz deutlich in der zögernden türkischen Reaktion auf den amerikanischen Wunsch, in der Türkei *Relaisstationen* für «Radio Liberty», «Radio Free Europe» und die «Voice of America» einrichten zu können. Diplomatisch sagte man in Ankara, «technische Experten» würden die Frage prüfen. In Wahrheit jedoch handelt es sich nicht um technische, sondern um *politische* Spezialisten, welche mit dieser Aufgabe betraut wurden. Dass die Türken dem amerikanischen Ersuchen stattgeben werden, ist nicht sehr wahrscheinlich. Denn die Türkei, die schon mehrmals bei den *Sowjets* wegen des aus der DDR antitürkische Agitation ausstrahlenden Senders «Bizim (= unser) Radyo» vorstellig wurde, kann nun nicht gut diese amerikanischen Sender auf ihrem eigenen Territorium dulden. Zwei Ergebnisse hat jene Reise Özals nach Washington für die Türkei gebracht: Die Vereinigten Staaten sind bereit, der Türkei zwei Geschwader von je 18 *Phantom-F-4-Kampfflugzeugen* zu überlassen – zur Überbrückung, bis die Türkei die von ihr bestellten F-16-Maschinen erhält, die sie zur Modernisierung ihrer Luftwaffe dringend benötigt. Doch fast noch wichtiger ist der *Symbolwert* dieses ersten Besuches eines türkischen Regierungschefs in den USA seit der Machtübernahme des Militärs im Jahre 1980. Die türkische Regierung hofft, durch diese Visite im Kreis der westlichen Demokratien wieder *«salonfähig»* geworden zu sein.

TÜRKEI–INFODIENST der alternativen türkeihilfe
c/o Michael Helweg, Postfach 7088, 4900 Herford

Postvertriebsstück 1 D 3417 D Gebühr bezahlt

könne.

Cumhuriyet vom 13.06.1985

Produziert statt Leopard-2 leichte Panzer!

Das Projekt zur gemeinsamen Produktion der Leopard-Panzer war zwischen der Türkei und der Bundesrepublik eingefroren worden. Die Verhandlungen haben durch den inoffiziellen Vorschlag der deutschen Seite, in der Türkei leichtere Panzer zu bauen, eine neue Dimension gewonnen.

BRD

Tercüman vom 31.05.1985

Flüchtige Türken haben erneut ein Konsulat besetzt

Separatistische, flüchtige Türken haben gestern diesmal das schwedische Konsulat in Kopenhagen überfallen und drei Stunden lang ein Zimmer besetzt. Die Besetzer forderten die Freilassung des Terroristen Hüseyin Yildirim, der in Schweden wegen Mord inhaftiert ist.
Es wird gemeldet, daß die Separatisten 15 Leute waren und bei der Besetzung sonst nichts passierte.

Tercüman vom 04.06.1985

19 in der Bundesrepbulik verurteilte Türken werden in die Türkei gebracht

19 Türken, die in der BRD verurteilt worden sind und ihre Reststrafe in der Türkei abbüßen wollen, werden Gegenstand der Verhandlungen zwischen der Türkei und der Bundesrepublik.
Gemäß den Vereinbarungen zwischen der Türkei und der Bundesrepublik können Türken, die in der Bundesrepublik verurteilt worden sind, ihre Reststrafe in der Türkei abbüßen, falls dies ihr Wunsch ist.

Tercüman vom 11.06.1985

Eine türkische Journalistin hat in Griechenland Asyl gesucht

Eine 26jährige Frau, die behauptete, in Istanbul eine Journalistin zu sein, hat vorgestern den Fluß Meric überquert und in Griechenland Asyl gesucht.
Es wurde in Erfahrung gebracht, daß die Flüchtige, deren Name nicht bekannt gegeben wurde, zur Zeit in Dedeagac von griechischem Geheimdienst verhört wird.

VERWENDETE PUBLIKATIONEN

Der Zensurmechanismus in der Türkei (informelle und Selbstzensur) hat die ideologischen Unterschiede der Zeitungen verwischt. Dennoch gibt es Differenzen, die sich in tendenziöser Berichterstattung oder kommentierenden Kolumnen wiederspiegeln. Wenn auch in begrenztem Ausmaße, so übersetzen wie derartige Artikel zur Illustrierung der Meinungen in den türkischen Medien. Eine globale Einordnung der von uns ausgewerteten Presseorgane ergibt folgendes Bild:

Cumhuriyet	Türkeiausgabe, liberal
Tercüman	Deutschlandausgabe, konservativ
Milliyet, Hürriyet	Deutschlandausgabe, Regenbogenpresse, erstere etwas ernsthafter
Nokta	Wochenmagazin, türkische 'Spiegel'
WDR IV	40-minütige 'Gastarbeiter'sendung, täglich

IMPRESSUM
TÜRKEI–INFODIENST DER ALTERNATIVEN TÜRKEIHILFE
V.i.S.d.P. und Verleger: Michael Helweg, Postfach 70 88, 4900 Herford
Einzelpreis: 1,50 DM
Abonnement: 6 Monate: 20,- DM; 1 Jahr: 40,- DM
Kündigungsfrist: Spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Abos. Wird das Abo nicht gekündigt, so verlängert es sich automatisch um den vereinbarten Zeitraum
Zahlungen nur nach Erhalt einer Rechnung auf eines der folgenden Konten:
Michael Helweg, Postscheckamt Hannover, Nr. 3981 01 - 304, BLZ: 250 100 30
Alternative Türkeihilfe, Kreissparkasse Herford - Bünde, Nr. 1 000 008 613, BLZ: 494 501 20
Der Türkei - Infodienst erscheint 14-tägig